

Landesarmutskonferenz Brandenburg

c/o Der Paritätische Landesverband Brandenburg e.V.
Tornowstr. 48
14473 Potsdam



PRESSEMITTEILUNG

Fachexkursion der Landesarmutskonferenz „Arbeitslos – Einbahnstraße mit Sackgasse“ am 30. August

Potsdam, 30. August 2017: Bildungs- und Jugendminister Günter Baaske und Sozialstaatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt informieren sich mit der Landesarmutskonferenz über Ansätze und Institutionen im Westen von Brandenburg, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Folgen kämpfen.

Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen gibt es in Brandenburg nach wie vor eine große Gruppe langzeitarbeitsloser Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance hat. Knapp jeder zweite Arbeitslose in unserem Land ist langzeitarbeitslos – also länger als ein Jahr arbeitslos – mit all den Folgewirkungen, die eine derartige Situation häufig mit sich bringt. Geeignete Integrationsmaßnahmen wurden entweder abgeschafft oder erreichen diese Menschen schlichtweg nicht oder nicht mehr. Gleichwohl sind die Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit für den Einzelnen und/oder die Familien gravierend: Kinderarmut und fehlende soziale Teilhabe ganzer Familien sind direkt spürbar, Altersarmut ist eine später eintretende Folge von unterbrochenen Erwerbsbiografien.

Arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Menschen, die trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung und trotz mehrfacher Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, stellen deshalb die eigentliche Herausforderung in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik dar. Die Landesarmutskonferenz hat daher für die Jahre 2016/17 das Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ oben auf die Agenda gesetzt.

Mit diesem Schwerpunkt beschäftigt sich ihre heutige Fachexkursion. Gemeinsam mit **Bildungs- und Jugendminister Günter Baaske** und **Sozialstaatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt** lernt die Landesarmutskonferenz Institutionen und Ansätze kennen, die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und ihre Folgen lindern.

„Arbeit und Beschäftigung sind die wichtigsten Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe. Die gesellschaftliche Verpflichtung besteht deshalb darin, schwer vermittelbaren, langzeitarbeitslosen Menschen eine tragfähige persönliche Perspektive auf sinnvolle existenzsichernde Beschäftigung sowie auf soziale Teilhabe zu eröffnen“, betont **Andreas Kaczynski, Erster Sprecher der Landesarmutskonferenz**. „Dazu ist im Rahmen langfristig angelegter individueller Integrationsstrategien ein Angebot öffentlich geförderter Beschäftigung zu schaffen, das auch sozialintegrative Leistungen und berufliche Qualifizierung systematisch und wesentlich stärker als bisher miteinander verknüpft“, erklärt Kaczynski weiter. **Anne Böttcher, Sprecherin der Landesarmutskonferenz** ergänzt: „Es geht an vielen Stellen nicht mehr nur darum, den langzeitarbeitslosen Menschen fachliche Qualifikation anzubieten, sondern es müssen Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen vorhanden sein, um die Menschen im beruflichen Alltag mit all seinen Anforderungen an Zeitplanung, Selbst-Organisation und Durchhaltevermögen zu begleiten. Arbeitsmarktintegration ist zuvorderst auch Soziale Arbeit“.

Arbeitsstaatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt erklärt: „Langzeitarbeitslose, von Arbeitslosigkeit betroffene Familien mit minderjährigen Kindern sowie Alleinerziehende brauchen unsere besondere Unterstützung. Leider schaffen nicht alle der rund 40.000 Langzeitarbeitslosen in

Brandenburg mit ihren Qualifikationen den Sprung auf den Arbeitsmarkt – obwohl die Zahlen auch hier sinken. Hier sind individuelle Beratung und Unterstützung nötig. Zum einen erzielen wir mit unserem Förderprogramm der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften gute Erfolge, wie sich ja am Beispiel der BAS GmbH anschaulich zeigt. Zum anderen setzen wir gerade auch angesichts des Fachkräftemangels auf die regionale Unterstützung von Weiterbildung. Hier ergänzen sich die Förderansätze von Bund und Land.“

Bildungsminister Günter Baaske setzt auf gute Bildung von Anfang an: „Von der Kita über die Schule zum Beruf oder an die Uni – gute Schulbildung und gezielte Berufs- und Studienorientierung schaffen die beste Voraussetzung dafür, dass junge Menschen die Weichen für ihre Berufslaufbahn stellen können. Dabei müssen sie kompetent beraten werden. Jugendliche haben heute beste Berufschancen – und damit den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit.“

Anne Böttcher und Andreas Kaczynski, Sprecher der Landesarmutskonferenz, ziehen nach dem ereignisreichen Tag die Bilanz: „Es gibt viele gute Ansätze zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und ihren Folgen. In Brandenburg kann auf einen breiten Erfahrungsschatz zurückgegriffen werden. An den gilt es weiter anzuknüpfen und die Rahmenbedingungen in Brandenburg zu optimieren, um die Langzeitarbeitslosigkeit endlich effektiv abzubauen, so dass Langzeitarbeitslosigkeit für die Betroffenen nicht weiter eine Einbahnstraße mit Sackgasse bleibt. Insbesondere die regionale Zusammenarbeit muss verbessert werden, sowohl zwischen den Ämtern als auch zwischen Ämtern, Trägern, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung.“

Die lak verabschiedete bereits im November 2016 einen Forderungskatalog an die Landespolitik. Diese soll einen Aktionsplan gegen Langzeitarbeitslosigkeit erarbeiten und im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Programms des Landes schnellstmöglich umsetzen.

Kernforderungen der lak sind, dass:

- die Zielstellung des SGB II auf den Prüfstand kommt und die Fixierung auf die Integrationsquote aufgegeben wird.
- die unterschiedliche Ausgestaltung der Arbeitsfördermaßnahmen des SGB II und SGB III abgeschafft wird und eine Angleichung der Maßnahmen erfolgt.
- eine verbesserte Balance zwischen Fordern und Fördern hergestellt wird und eine Reform des Sanktionsrechts stattfindet.
- öffentlich geförderte Beschäftigung als zentrales Mittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit betrachtet und eingesetzt wird.
- dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die die Individualität der Zielgruppen berücksichtigen und flexible Arbeitsmodelle bieten.
- die Programme und Fördermaßnahmen entbürokratisiert werden, das Fallmanagement ausgebaut wird und zielgruppenspezifische, passgenaue Angebote gemacht werden, die Arbeitsförderungsmaßnahmen eng mit psychosozialen Angeboten und Gesundheitsförderung verzahnen.
- die Stimme der Betroffenen gestärkt wird.
- ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, die eine planbare Kontinuität gewährleisten und zielgerichtete mittel- und langfristige Programme in der individuellen Betreuung und öffentlich geförderten Beschäftigung ermöglichen.
- die regionale Zusammenarbeit gestärkt wird, sowohl zwischen den Ämtern als auch zwischen Ämtern, Trägern, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung, um so bedarfsgerechte Angebote sicherstellen zu können.

Die Landesarmutskonferenz Brandenburg (lak) ist ein Netzwerk, das mit fachlicher und politischer Arbeit dazu beiträgt, die verschiedenen Armutproblematiken zu thematisieren und die Selbsthilfeansätze der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zu diskutieren. Der lak gehören neben den Verbänden der der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg weitere 25 Initiativen, Vereine und gesellschaftliche Gruppen, darunter die Kirchen und Gewerkschaften sowie zahlreiche Selbsthilfegruppen, an.

Kontakt: Melanie Lorenz, Landesarmutskonferenz Brandenburg, c/o Der Paritätische Landesverband Brandenburg e.V., Melanie.Lorenz@paritaet-brb.de, 0331 28497-64